

„Vertrauen in die demokratischen Werte unseres Landes“

Begrüßungsrede des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2022 im Plenarsaal des Sächsischen Landtags

„Einigkeit und Recht und Freiheit“ – Mit diesem Dreiklang, mit dieser ersten Zeile aus dem „Lied der Deutschen“, unserer Nationalhymne, begrüße ich sie alle im Plenarsaal des Sächsischen Landtags. Hier schlägt das Herz der sächsischen Demokratie.

Der 3. Oktober 1990 als Tag der Deutschen Einheit ist für uns Sachsen von doppelter historischer Bedeutung. Er markiert eben auch die Wiedergründung unseres Freistaates, geboren aus der Friedlichen Revolution, aus einer Freiheitsrevolution, die die Spaltung Deutschlands und Europas überwand.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
verehrter Herr Staatsminister Dulig,
sehr geehrter Herr Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofes,
verehrte Festgäste,

es ist mir eine besondere Freude und Ehre zugleich, zu unserer heutigen Feierstunde aus Anlass des Tages der Deutschen Einheit und der Wiederbegründung des Freistaates Sachsen Ihre Exzellenz, den Präsidenten des Nationalrates der Republik Österreich, Herrn Magister Wolfgang Sobotka, begrüßen zu können. Ich freue mich

sehr, dass Sie, sehr verehrter Herr Präsident Sobotka, heute zu uns sprechen.

Ich begrüße sehr herzlich die Abgeordneten und ehemaligen Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Sächsischen Landtags, die Mitglieder der Staatsregierung und des Verfassungsgerichtshofes, die Vertreter des konsularischen Korps, der Kirchen und des Kommunalbereiches sowie viele weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Seien Sie alle herzlich willkommen.

Der Dreiklang von Einigkeit, Recht und Freiheit, den Heinrich Hoffmann von Fallersleben so wunderbar in Verse setzte, bildet das zentrale Versprechen unseres demokratischen Verfassungsstaates. Einigkeit zu fördern, Recht zu bewahren und Freiheit zu gewährleisten. Darin liegt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Staat und in unsere Verfassung, besonders in den schweren Zeiten, die vor uns liegen.

Das Streben nach Einigkeit gehört genauso zur langen Geschichte unseres Landes wie die Farben Schwarz-Rot-Gold. Die Wiedervereinigung Deutschlands war deshalb einer der glücklichsten Momente unseres Volkes.

Sie war das Ergebnis einer Friedlichen Revolution, der ersten gelungenen, siegreichen Revolution in der deutschen und mitteleuropäischen Geschichte.

Einen wichtigen Anteil daran hatte auch der am 30. August verstorbene russische Staatsmann Michail Gorbatschow. Er respektierte den Willen der europäischen Völker auf freie Selbstbestimmung. Dafür sind wir ihm für immer dankbar.

Heute denken wir beim Thema Einigkeit in erster Linie an den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dieses Miteinander war zuletzt spürbar herausgefordert, nicht nur bei uns in Sachsen. Gräben haben sich vertieft, Positionen zunehmend verhärtet, Meinungen stehen sich unversöhnlich gegenüber. Das beunruhigt mich zutiefst.

Kompromissfähigkeit und gegenseitige Akzeptanz trotz unterschiedlicher Standpunkte lassen sich lernen. Noch immer eher im Sportverein, im Kirchenchor oder bei der Freiwilligen Feuerwehr – und nicht im Internet oder den sozialen Medien.

Vertrauen in die Einigkeit unseres Landes setzt also eine intakte Bürgergesellschaft voraus. Menschen, die sich nicht nur um eigene Angelegenheiten kümmern, sondern auch das Gemeinwohl im Auge haben – in ihrem Ort, ihrer Region oder im ganzen Land.

Doch selbst innerhalb einzelner gesellschaftlicher Gruppen mangelt es heute mitunter an Gemeinsamkeiten. Die vom Soziologen Andreas Reckwitz diagnostizierte „Gesellschaft der Singularitäten“ scheint

bittere Realität. Sie zeigt, wie schwierig es oftmals ist, auf den sprichwörtlichen gemeinsamen Nenner zu kommen. Dabei brauchen wir wieder mehr Miteinander und kein Gegeneinander. Wir brauchen Gemeinsinn.

Gesellschaftliche Einigkeit bedeutet aber nicht Übereinstimmung und sie bedeutet ganz und gar nicht Gleichförmigkeit im Denken und Handeln. Im Gegenteil: Die plurale, die vielstimmige Gesellschaft gehört zum Wesenskern unserer Demokratie.

Die Vielfalt an Meinungen und Einstellungen zeichnet unser freies Gemeinwesen aus. Dies unterscheidet es ganz wesentlich von autokratischen Staaten, die Einigkeit erzwingen, indem sie Proteste, Demonstrationen und jeglichen politischen Wettbewerb verbieten. Offener, zivilisierter Streit hingegen ist ein hilfreiches Mittel zum politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lernen.

Unser ehemaliger Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble formulierte es hier in Dresden so: „Wir müssen mehr Streit in der Mitte der Gesellschaft zulassen – und ihn öffentlich im Parlament austragen“. Hier steht die zentrale Arena der politischen Auseinandersetzung.

Verehrte Damen und Herren, zur Einigkeit gehört in unserem Land das Recht. Ein starker Rechtsstaat braucht starke Institutionen, er braucht starke Parlamente auf allen Ebenen.

Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit bildet die Grundlage unserer freiheitlichen Ordnung. Vertrauensverlust gegenüber den staatlichen Gewalten halte ich hingegen für gefährlich.

Wenn sich Bürgerinnen und Bürger von der Politik, ja sogar von der Verfassung abwenden, weil sie den Glauben in effektives Staatshandeln verlieren, dann ist das alarmierend.

Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass unsere Volksvertretungen schlechtgeredet werden. Die Abgeordneten sind vom Volk gewählt, ihnen kommt damit eine herausragende demokratische Legitimation zu. Als Mandatsträger übernehmen sie Verantwortung für politische Entscheidungen.

Wir brauchen Parlamente als Orte der demokratischen Verantwortlichkeit. Und wir brauchen sie als Orte des Gemeinsamen.

In diesem Sinne entsteht in einer Demokratie Politik für alle und nicht nur für die, die meinen, im Besitz der Wahrheit zu sein. Es gibt keine Politik der Wahrheit und es gibt oft auch nicht die eine richtige Lösung. Erkenntnisfindung beruht nicht zuletzt darauf, bei der Suche nach richtigen Entscheidungen Fehler machen zu dürfen und diese dann zu korrigieren.

Die parlamentarische Demokratie hat sich in ihrer Geschichte stets als lernfähig und flexibel erwiesen. Zu diesem Urteil kommt jedenfalls der Politikwissenschaftler Jens Hacke in einem kürzlich erschienenen Band zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland.

Volksvertretungen bilden das Zentrum unserer Demokratie. Der darin verankerte Rechtsstaat gilt für alle Bürger gleichermaßen. Er existiert nicht zum Selbstzweck, sondern gibt gesellschaftlich vereinbarte Regeln vor. Er fordert zugleich dazu auf, diese in Freiheit und Verantwortung einzuhalten.

Der Wert der Freiheit, meine verehrten Damen und Herren, ist konstitutiv für unseren heutigen Freistaat. In der Friedlichen Revolution stand er für uns an erster Stelle. Unser Wunsch bestand darin, von einem totalitären Staat befreit zu leben, der seine Bürger einer Ideologie unterwarf und sie bis ins Private hinein politisch kontrollierte.

Deshalb standen die Forderungen nach Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit und Reisefreiheit im Herbst 1989 so häufig auf den Transparenten. Alle diese Grundfreiheiten und Grundrechte finden wir heute niedergeschrieben in unserer Sächsischen Verfassung.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ebenfalls klar sagen: Freiheit ist unverhandelbar. Weder die des Einzelnen noch die von Staaten, weder bei uns noch in allen anderen Ländern dieser Welt.

Der russische Angriff auf die freie und souveräne Ukraine ist daher ein fundamentaler Schlag gegen die internationale Ordnung und das friedliche Zusammenleben der Völker. Er ist auch ein Angriff auf die europäischen Werte von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Darin sollten wir uns alle einig sein.

Schon allein aufgrund unserer eigenen Erfahrung sollten wir uns fragen, wie wir der Ukraine in ihrem Freiheitskampf beistehen können. Genauso müssen wir aber auch wissen, wie wir unsere eigene Freiheit schützen können. Viele Bürgerinnen und Bürger – in Sachsen und anderswo – sind in Sorge und fragen sich beispielsweise, wie sie die extremen Preissteigerungen bei Strom und Gas bezahlen sollen.

Sie erwarten Antworten auf die drängendsten Fragen unserer Zeit:
Wie sichern wir die Energieversorgung in den kommenden Monaten?
Wie schützen wir Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen?
Wie verhindern wir den Verlust von angesparter Lebensleistung, unseres Wohlstandes, durch Inflation?

Wie helfen wir Unternehmen, in denen der Wohlstand unseres Landes erarbeitet wird?

Nicht nur sie fürchten eine existenzielle Not. Auch unsere Kommunen sorgen sich, schon in naher Zukunft ihre Funktionsfähigkeit zu verlieren. Die Bundesregierung sehe ich hier in der Pflicht, Lösungen zu finden und den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland zu bewahren.

Meine verehrten Damen und Herren, Einigkeit, Recht und Freiheit, sind seit 100 Jahren auch dank unserer Nationalhymne zu offiziellen Symbolen unseres deutschen Vaterlandes geworden. Sie sind Ausdruck unserer demokratischen Verfasstheit und Ausdruck unserer nationalen Identität.

Das „Lied der Deutschen“ entstand im Übrigen auf die Melodie der Kaiserhymne, die der österreichische Komponist Joseph Haydn im Jahr 1797 schuf.

Es ist nur eine von so vielen Gemeinsamkeiten, die Österreich mit Sachsen seit Jahrhunderten verbinden. Kultur, Geschichte und Architektur haben ein enges Band zwischen uns gelegt. Denken Sie nur an die glanzvolle Hochzeit des sächsischen Kurprinzen Friedrich August II. mit der Habsburgerin Maria Josepha. Als steinernes Zeugnis erinnert heute noch der Dresdner Zwinger an dieses rauschende Fest vor mehr als 300 Jahren. Ich könnte noch weitere historische Belege der sehr guten Beziehungen zwischen Österreich und Sachsen aufzählen. Zunächst einmal soll es nun aber um die Gegenwart gehen.

Ich freue mich außerordentlich, den Festredner des heutigen Tages, den Präsidenten des Nationalrats der Republik Österreich, Wolfgang Sobotka ganz herzlich bei uns zu begrüßen. Herr Nationalratspräsident, es ist uns eine große Ehre, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind.

Wenigen von Ihnen dürfte bekannt sein, dass Wolfgang Sobotka nicht nur ein exzellenter Politiker ist, sondern auch Musiker war und ist. Er studierte unter anderem Violoncello und Musikpädagogik an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien und war viele Jahre Leiter der Musikschule seiner Heimatstadt Waidhofen an der Ybbs sowie Lehrbeauftragter an der Musikuniversität Wien.

Politische Ämter übte Wolfgang Sobotka als Landesrat in der niederösterreichischen Landesregierung und später als Landeshauptmann-Stellvertreter aus. Ebenso amtierte er als österreichischer Innenminister. Seit 2017 ist er Abgeordneter des österreichischen Nationalrats und gewählter Parlamentspräsident.

In Wolfgang Sobotka hat auch das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag seit vielen Jahren einen großen Unterstützer. Erst im vergangenen Jahr war die Konferenz des Forums in der Wiener Hofburg zu Gast.

Für Ihr Engagement in dieser Sache sind wir Ihnen überaus dankbar. Seien Sie daher nochmals ganz herzlich willkommen, Herr Präsident Sobotka!

Bevor wir Ihrer Festrede folgen werden, übergebe ich zunächst das Wort an den Stellvertreter des Sächsischen Ministerpräsidenten und Sächsischen Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Herrn Martin Dulig.

Ich danke Ihnen.